

GASTKOMMENTAR

Keinesfalls eine "lahme Ente"

Volker Perthes analysiert Obamas außenpolitischen Spielraum bei republikanischen Mehrheiten.

Die letzten zwei Jahre seiner Amtszeit haben für den amerikanischen Präsidenten mit dem Verlust der Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses begonnen. Das heißt aber nicht, dass Barack Obama jetzt schon zur sprichwörtlichen "lame duck", einer flügelahmen Ente, geworden wäre: Gerade in der Außenpolitik bleibt der US-Präsident handlungsfähig. Amerikanische Regierungsvertreter, mit denen ich in den letzten Tagen gesprochen habe, zeigen sich hier sogar recht optimistisch. Für Deutschland und Europa stellt sich die Frage, wo wir amerikanische Außenpolitik als anschlussfähig betrachten und wo die Prioritäten sich unterscheiden.

Ostasien, Russland sowie der Mittlere Osten werden die geopolitische Agenda Amerikas auch in den kommenden zwei Jahren dominieren. Obamas "Balanceverlagerung" nach Asien und deren militärische Unterfütterung wird auch von einem republikanischen Kongress unterstützt werden. Obama wird Alliierten wie Japan und Konkurrenten wie China gegenüber demonstrieren, dass die USA eine pazifische Macht bleiben. Er wird sich auch um ein konstruktives Verhältnis zu China bemühen. Europa profitiert von einer stabilisierenden Rolle der USA im asiatisch-pazifischen Raum, wird hier aber von Washington eher als Trittbrettfahrer betrachtet.

Ganz anders beim Blick auf Russland und Osteuropa. Während Vertreter der republikanischen Mehrheit einen härteren Kurs gegen Russland verlangen werden, unterstützt die Obama-Regierung im Grunde die europäischen Bemühungen um diplomatische Lösungen wie den ukrainisch-russischen Gasdeal oder das Minsker Abkommen. Deshalb könnte Obama hier in den kommenden Monaten noch stärker auf eine faktische Führungsrolle Deutschlands und der EU setzen.

Das wird mit Forderungen einhergehen, mehr Ressourcen zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine und zur Nato-Verteidigung aufzubringen und Russland die Kosten einer weiteren Destabilisierung der Ukraine oder anderer osteuropäischer Staaten zu demonstrieren. Gleichzeitig wird die US-Regierung gemeinsam mit der EU darauf hinwirken, die Ukraine von Versuchen zur militärischen Rückgewinnung der Separatistengebiete abzuhalten, und sie wird Russland gegenüber nicht nur Dialogbereitschaft, sondern auch die Bereitschaft zur Kooperation in manch anderen Problemfeldern der Weltpolitik signalisieren.

Im Nahen und Mittleren Osten gilt es, bei aller Gemeinsamkeit auch zu verstehen, wo amerikanische und europäische Prioritäten sich unterscheiden. So geht es den USA beim Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) in erster Linie um den Irak. Für Europa hat Syrien tendenziell höhere Priorität, schon mit Blick auf die Bewegung von Flüchtlingen und europäischen

Dschihadisten.

Dagegen hat die Obama-Regierung die Atomverhandlungen mit Iran, ursprünglich eine europäische Initiative, vollständig zu ihrem eigenen Anliegen gemacht. Die Frage, so heißt es bei hohen US-Beamten heute, sei nicht, ob ein Abkommen ideal sein werde, sondern ob es dem Kriterium genüge, Iran weit genug von "der Bombe" fernzuhalten - und damit besser sei als kein Abkommen. Dies entspricht dem europäischen Ansatz, nicht aber der Mehrheitsmeinung im Kongress. Obama scheint bereit, sich hier notfalls gegen diese Mehrheit zu stellen.

Auch israelische Kritik ist gewissermaßen schon eingepreist. Schon deshalb ist es unwahrscheinlich, dass die Obama-Regierung europäischen Wünschen nachkommen und in den kommenden zwei Jahren einen weiteren, dritten Anlauf machen wird, Frieden zwischen Israel und den Palästinensern zu vermitteln. Diese zusätzliche Auseinandersetzung mit der israelischen Regierung und der republikanischen Mehrheit braucht Obama nicht auch noch.

Bei einem Vorhaben des Präsidenten dagegen kann die republikanische Mehrheit ihm - und Europa - sogar nützlich sein. Den Silberstreif, so ein Präsidentenberater, sehe er in der Chance, nun die notwendige Zustimmung des Kongresses zur beschleunigten Behandlung der geplanten Freihandelsabkommen mit Europa (TTIP) und Asien (TPP) zu erhalten (Fast track). Diese Aussicht gibt den Verhandlungen eine echte Perspektive und macht es gleichzeitig leichter für die EU, dabei auch ihre Interessen selbstbewusst zu vertreten.

Der Autor ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie erreichen ihn unter:

gastautor@handelsblatt.com

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de